

München, 23.03.2020



## **Stellungnahme von Save Me München zur Aussetzung der humanitären Aufnahmeprogramme**

Aufgrund der Corona-Pandemie sind seit 17. März 2020 Humanitäre Aufnahmeprogramme (Resettlement und Aufnahmen aus der Türkei), die es besonders schutzbedürftigen geflüchteten Menschen ermöglichen, nach Deutschland zu kommen, bis auf Weiteres ausgesetzt. Laut Bundesministerium des Innern wurde diese Maßnahme ergriffen, um die Ausbreitung des Coronavirus (Covid-19) einzudämmen. Auch die an den humanitären Aufnahmeprogrammen beteiligten Organisation IOM und UNHCR haben verkündet, dass die Aufnahmeprogramme unter anderem zum Schutz der Geflüchteten vorübergehend eingestellt werden müssen.

Wir kritisieren diese Herangehensweise. Gerade die aktuelle Situation steigert die Schutzbedürftigkeit aller in Flüchtlingslagern ausharrenden Menschen um ein Vielfaches. Natürlich ist es geboten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die eine weitere Verbreitung des Virus eindämmen können. Darum sind auch Reisebeschränkungen nachvollziehbar und sinnvoll. Dennoch müssen in diesem Kontext auch Aufnahmen weiterhin unter Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen umsetzbar sein. Während das Auswärtige Amt in der Lage ist, innerhalb einer Woche an die 120.000 Urlauber\*innen nach Deutschland zurückzuholen und damit die größte Rückholaktion in der Geschichte der Bundesrepublik durchführt, entzieht sich das Innenministerium seiner humanitären Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden und stellt Aufnahmeprogramme für diese Gruppe ein, für die ein Aufnahmekontingent von lediglich 5.500 Personen zugesagt wurde.

Die aktuell so hochgepriesene Solidarität in Deutschland darf unter keinen Umständen an den Außengrenzen der EU Halt machen, sondern muss zwingend auch dort gelten: in den Lagern auf den griechischen Inseln etwa, wo zigtausende Menschen unter katastrophalen Bedingungen ausharren. An der türkisch-griechischen Grenze. In Idlib. Eben diese Orte bieten den besten Nährboden für die Verbreitung des Virus: keinerlei Gesundheitsversorgung; kein Zugang zu Hygienestandards; keinerlei Desinfektionsmittel und Seifen. Die Möglichkeiten, empfohlene Maßnahmen umzusetzen, sind an genannten Orten schlichtweg nicht gegeben. Ein Ausbruch wäre fatal und würde zehntausende Menschen in Lebensgefahr bringen. Diese Gefahr kann und muss abgewendet werden.

Derzeit wird sie bewusst in Kauf genommen. Die dort lebenden Menschen müssen die gleiche Solidarität erfahren, wie alle anderen Risikogruppen auch – ohne Doppelstandard: es darf nicht sein, dass die Menschen dort unter Bedingungen leben müssen, die hier als Großveranstaltung schon längst verboten worden wären. Anstatt also die Personen, die ohnehin schon oft seit Jahren unter prekären Bedingungen leben, weiterhin bewusst der akuten Bedrohung durch die Verbreitung des Virus auszusetzen, fordern wir die Fortführung der bestehenden Aufnahmeprogramme sowie die sofortige Evakuierung der Menschen aus den Lagern auf den griechischen Inseln. Die im Rahmen der Aufnahmen etablierten Gesundheitschecks müssen angepasst und ggf. erweitert werden.

In Deutschland haben sich seit 2018 bereits mehr als 140 Kommunen zu sicheren Häfen erklärt. Das kommunale Bündnis „Städte sicherer Häfen“ setzt sich aktiv dafür ein, dass geflüchtete Menschen auch tatsächlich in den Kommunen aufgenommen werden. Genau jetzt gilt es, die Aufnahmebereitschaft der Kommunen zu nutzen, um Menschen aus überfüllten Lagern zu evakuieren und damit die Gesundheit *aller* Menschen zu schützen.

Bei Rückfragen können Sie sich gerne an uns wenden: **089 12021715** oder **kampagne@save-me-muenchen.de**